



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Cemal Bozoglu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 15.01.2019

Rechtsextremes Gefährdungspotenzial in Bayern

Ich frage die Staatsregierung:

- 1.1 **Wie viele Personen aus dem rechtsextremen Spektrum bzw. aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) werden nach Kenntnis der Staatsregierung aktuell bundesweit als „Gefährder“ eingestuft?**
- 1.2 **Wie viele Personen aus dem rechtsextremen Spektrum bzw. aus dem Bereich der PMK-rechts werden nach Kenntnis der Staatsregierung aktuell bundesweit als „Relevante Personen“ eingestuft?**
- 1.3 **Wie hat sich nach Kenntnis der Staatsregierung diese Zahl in den letzten fünf Jahren nach Fallzahlen und prozentual entwickelt (bitte nach einzelnen Jahren und Bundesländern auflisten)?**

- 2.1 **Wie viele dem rechtsextremen Spektrum Bayerns bzw. dem Bereich der PMK-rechts zuzuordnende Personen in Bayern werden aktuell als „Gefährder“ eingestuft (bitte nach Regierungsbezirken auflisten)?**
- 2.2 **Wie viele dem rechtsextremen Spektrum Bayerns bzw. dem Bereich der PMK-rechts zuzuordnende Personen in Bayern werden aktuell als „Relevante Personen“ eingestuft (bitte nach Regierungsbezirken auflisten)?**
- 2.3 **Wie hat sich diese Zahl in den letzten fünf Jahren nach Fallzahlen und prozentual entwickelt (bitte nach einzelnen Jahren und Regierungsbezirken auflisten)?**

3. **Wie verhalten sich die in den Fragen 1 und 2 abgefragten Zahlen jeweils zu den Zahlen der als „Gefährder“ bzw. als „Relevante Personen“ eingestuften Personen aus den Phänomenbereichen „Islamismus“ bzw. „Linksextremismus“ (bitte nach nach Fallzahlen und prozentual aufführen)?**

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
vom 05.03.2019

Vorbemerkung:

Die Antwort zur Schriftlichen Anfrage ist teilweise als Verschlusssache (VS-NfD) eingestuft. Daher wurde die Antwort mit Schreiben vom heutigen Tag gemäß § 48 der Verschlussanweisung für die Behörden des Freistaates Bayern (VS-Anweisung – VSA) an die VS-Registrierung der Verwaltung des Landtags mit der Bitte um VSA-konformen Umgang übermittelt.

Grund der VS-Einstufung ist, dass aufgrund der geringen Quantitäten eine Individualisierung und somit ein Rückschluss auf die Gefährdereigenschaft der betroffenen Personen möglich werden würde, außerdem könnten konkrete Rückschlüsse auf die Arbeitspraxis der beteiligten Sicherheitsbehörden gezogen werden.

Eine Ausstufung der Informationen kann von hiesiger Seite nicht erfolgen.

Soweit parlamentarische Anfragen Umstände betreffen, die aus Gründen des Staatswohls geheimhaltungsbedürftig sind, hat die Staatsregierung zu prüfen, ob und auf welche Weise die Geheimhaltungsbedürftigkeit mit dem parlamentarischen Informationsanspruch in Einklang gebracht werden kann. Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Fragen 2.1, 2.2 und 3 teilweise, sowie 2.3 insgesamt aus Geheimhaltungsgründen nicht in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil beantwortet werden können.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt. Die Einstufung der Antwort auf die Fragen 2.1, 2.2, 2.3 sowie 3 als Verschlussache (VS) mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ ist aber im vorliegenden Fall erforderlich. Nach § 7 Nr. 4 der Verschlussachenanweisung für die Behörden des Freistaates Bayern (VS-Anweisung – VSA) sind Informationen, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein können, entsprechend einzustufen.

Diese Informationen werden daher gemäß § 7 Nr. 4 VSA als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD) eingestuft und gemäß § 48 VSA der VS-Registrierung der Verwaltung des Landtags gesondert übermittelt.

Der Begriff „extremistische Kriminalität“ orientiert sich am Extremismusbegriff der Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder und dazu vorhandener Rechtsprechung.

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, also darauf, einen der folgenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Ebenfalls hinzugerechnet werden Straftaten, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder die sich gegen die Völkerverständigung richten.

Die Begriffsdefinition des „rechtsextremen Spektrums“ aus der Fragestellung differiert gegenüber der der Auswertung zugrunde liegenden Definition von Personen aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität-rechts.

Politisch motivierter Kriminalität-rechts (PMK-rechts) werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Der wesentliche Kerngedanke einer „rechten“ Ideologie ist die Annahme einer Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Menschen. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind in der Regel als rechtsextremistisch zu qualifizieren.

Auch der Begriff „Islamismus“ aus der Fragestellung differiert gegenüber der der Auswertung zugrunde liegenden Definition von Personen aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität-religiöse Ideologie (PMK-religiöse Ideologie), der seit dem 01.01.2017 bindend ist, ehemals Politisch motivierte Ausländer-Kriminalität (PMAK; Motiv Islamismus). Der Kategorie PMK-religiöse Ideologie werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters

Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war.

Ebenso differiert der Begriff „Linksextremismus“ aus der Fragestellung gegenüber der der Auswertung zugrunde liegenden Definition von Personen aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität-links (PMK-links). Der PMK-links werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich revolutionärem Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren. Diese politisch motivierten Straftaten sind in der Regel als linksextremistisch zu qualifizieren.

Ein Vergleich der unterschiedlichen Phänomenbereiche untereinander ist laut Mitteilung des Landeskriminalamts (BLKA) nicht möglich.

- 1.1 Wie viele Personen aus dem rechtsextremen Spektrum bzw. aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) werden nach Kenntnis der Staatsregierung aktuell bundesweit als „Gefährder“ eingestuft?**
- 1.2 Wie viele Personen aus dem rechtsextremen Spektrum bzw. aus dem Bereich der PMK-rechts werden nach Kenntnis der Staatsregierung aktuell bundesweit als „Relevante Personen“ eingestuft?**
- 1.3 Wie hat sich nach Kenntnis der Staatsregierung diese Zahl in den letzten fünf Jahren nach Fallzahlen und prozentual entwickelt (bitte nach einzelnen Jahren und Bundesländern auflisten)?**

Es liegen der Staatsregierung keine aktuellen, offiziellen, bundesweiten Zahlen zu der Fragestellung vor.

- 2.1 Wie viele dem rechtsextremen Spektrum Bayerns bzw. dem Bereich der PMK-rechts zuzuordnende Personen in Bayern werden aktuell als „Gefährder“ eingestuft (bitte nach Regierungsbezirken auflisten)?**
- 2.2 Wie viele dem rechtsextremen Spektrum Bayerns bzw. dem Bereich der PMK-rechts zuzuordnende Personen in Bayern werden aktuell als „Relevante Personen“ eingestuft (bitte nach Regierungsbezirken auflisten)?**

Es sind mit Stand 31.12.2018 in Bayern drei Personen als „Gefährder“ im Sinne der Anfrage eingestuft. Zudem sind mit Stand 31.12.2018 19 Personen als „Relevante Personen“ im Sinne der Anfrage in den Regierungsbezirken Mittelfranken, Niederbayern, Oberbayern, Oberfranken, Schwaben und Unterfranken eingestuft.

Die Auflistung betreffend die Regierungsbezirke lässt allerdings nicht zwingend einen Rückschluss über den tatsächlichen Aufenthaltsort zu, da sich die Personen tatsächlich auch andernorts, etwa im Ausland, aufhalten können.

Die Zuordnung zu den einzelnen Regierungsbezirken erfolgt daher auf Grundlage der Einstufungen als „Gefährder“ bzw. „Relevante Person“ durch das jeweilige Polizeipräsidium (PP). So werden dem Regierungsbezirk Oberbayern beispielsweise die Einstufungen des PP Oberbayern Nord, PP Oberbayern Süd, PP München und des Landeskriminalamtes zugeordnet.

- 2.3 Wie hat sich diese Zahl in den letzten fünf Jahren nach Fallzahlen und prozentual entwickelt (bitte nach einzelnen Jahren und Regierungsbezirken auflisten)?**

Siehe Vorbemerkung.

- 3. Wie verhalten sich die in den Fragen 1 und 2 abgefragten Zahlen jeweils zu den Zahlen der als „Gefährder“ bzw. als „Relevante Personen“ eingestuft Personen aus den Phänomenbereichen „Islamismus“ bzw. „Linksextremismus“ (bitte nach nach Fallzahlen und prozentual aufführen)?**

Mit Stand 31.12.2018 ist nachfolgende Anzahl von Personen als „Gefährder“ bzw. „Relevante Person“ im Sinne der Anfrage eingestuft.

	Gefährder	Relevante Personen
PMK-religiöse Ideologie	45	36
PMK-rechts	3	19
PMK-links	0	5